

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR und der BA
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs
am 26./27.05.2004

7. Mindestbeitragsbemessungsgrundlage bei Verzicht auf die Rentenversicherungsfreiheit nach § 5 Abs. 2 Satz 2 SGB VI in einer „ersten“ Nebenbeschäftigung
-

- 101.255/103.130/423.2 -

Arbeitnehmer, die eine nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV geringfügig entlohnte und damit nach § 5 Abs. 2 Satz 1 erster Halbsatz Nr. 1 SGB VI rentenversicherungsfreie Beschäftigung ausüben, können nach § 5 Abs. 2 Satz 2 SGB VI auf die Rentenversicherungsfreiheit verzichten. Dies gilt auch für Arbeitnehmer, die neben einer rentenversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung eine „erste“ geringfügig entlohnte rentenversicherungsfreie Nebenbeschäftigung ausüben, die nach § 8 Abs. 2 Satz 1 SGB IV in Verb. mit § 5 Abs. 2 Satz 1 zweiter Halbsatz SGB VI nicht mit der Hauptbeschäftigung zusammenzurechnen ist.

Bei Arbeitnehmern, die auf die Rentenversicherungsfreiheit verzichtet haben, ist nach § 163 Abs. 8 SGB VI als beitragspflichtige Einnahme mindestens ein Betrag in Höhe von 155 EUR zugrunde zu legen. Hierzu ist die Frage gestellt worden, ob sich in den Fällen, in denen das Arbeitsentgelt aus der geringfügig entlohten Nebenbeschäftigung weniger als 155 EUR beträgt, diese Mindestbeitragsbemessungsgrundlage ausschließlich auf die geringfügig entlohnte Nebenbeschäftigung bezieht oder das insgesamt erzielte Arbeitsentgelt aus der Haupt- und Nebenbeschäftigung maßgebend ist.

Nach Auffassung der Besprechungsteilnehmer dürfte es in Fällen der hier in Rede stehenden Art nicht dem Sinn und Zweck der Regelung des § 163 Abs. 8 SGB VI entsprechen, dass bei einer ausschließlichen Anwendung der Mindestbeitragsbemessungsgrundlage auf die geringfügig entlohnte Nebenbeschäftigung im Ergebnis ein höherer Gesamtbeitrag zur Rentenversicherung aus beiden Beschäftigungen gezahlt wird als aus einer zusammenzurechnenden Haupt- und „zweiten“ geringfügig entlohten Nebenbeschäftigung mit Arbeitsentgelten in gleicher Höhe bzw. einer einzigen Beschäftigung mit einem Arbeitsentgelt in Höhe dieses Gesamtarbeitsentgelts.

Die Besprechungsteilnehmer vertreten deshalb den Standpunkt, dass in den Fällen, in denen in einer neben einer rentenversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung ausgeübten geringfügig entlohnerten Beschäftigung nach § 5 Abs. 2 Satz 2 SGB VI auf die Rentenversicherungsfreiheit verzichtet wird, für die Prüfung der Mindestbeitragsbemessungsgrundlage nach § 163 Abs. 8 SGB VI das Arbeitsentgelt aus beiden Beschäftigungen zusammenzurechnen ist. Der Regelung über die Mindestbeitragsbemessungsgrundlage kommt demnach in diesen Fällen keine Bedeutung zu, weil das Arbeitsentgelt aus beiden Beschäftigungen mehr als 155 EUR beträgt.